Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 45 (1951)

Heft: 4

Artikel: Weltrundschau : ein Kriegstreiber weniger ; Aber was weiter? ; Kapitalistische Konstruktionen ; Kommunistische Reaktionen ; Verantwortungen ; Los von Amerika! ; Die Freunde von heute ; Die Feinde von gestern

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139500

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

an den 6. August 1945 und an den unmenschlichen Krieg in Korea zu denken!) – ich wiederhole: es ist mir vollkommen rätselhaft, wie wir – während wir selbst die Atombomben und Bakterienwaffen in Bereitschaft halten – zu sagen wagen, daß der Kommunismus «den Geist und das verfeinerte sittliche Gefühl zerstört».

Wenn der Kommunismus hierauf mit dem Worte: «Arzt, heil dich selbst!» antwortet – hat er dann nicht recht?

7. Die Frage: Was müssen wir dann tun? habe ich auf den Seiten 370 bis 373 meines Artikels in den «Neuen Wegen» beantwortet.

Wir sagen dreimal NEIN und dreimal JA.

Wir sagen NEIN zum Militarismus und JA zu der neuen Wehrhaftigkeit.

Wir sagen NEIN zu jedem Totalitarismus und JA zu jedem Versuch, der in radikaler Weise der Gerechtigkeit dienen will, ohne die Menschlichkeit zu schänden.

Wir sagen NEIN zum Atlantikpakt und allen seinen fatalen Folgen, aber JA zu jedem Versuch, mehr Vertrauen in die internationalen Beziehungen zu erwecken (Nehru, die Anerkennung des neuen Chinas usw.).

Auf diese Weise werden wir nicht wehrlos. So werden wir *auf eine neue Weise* wehrhaftig.

Wir lassen uns viel zuviel von anderen zeigen, wie und mit welchen Waffen wir kämpfen müssen. Dadurch begehen wir in den meisten Fällen gerade die Fehler, welche Lenin vorausgesehen hat und die Stalin erwartet. Und das nennt man dann Realpolitik!

Nur wenn wir, und in erster Linie die Christen und die Sozialisten, dieses dreifache NEIN zusammen mit dem dreifachen JA auf uns nehmen und zu realisieren beginnen, nur dann sind wir auf dem Wege, uns nicht «geistig und willensmäßig zu schwächen».

Kr. Strijd.

WELTRUNDSCHAU

Ein Kriegstreiber weniger Der *Sturz MacArthurs* gehört zu jenen Ereignissen, denen das Zeichen des Vorsehungshaften sichtbarlich aufgedrückt ist. Mit der Entfernung des scheinbar allmächtigen Generals vom Oberkommando der UNO-Armeen in Korea und seiner gleichzeitigen Abberufung vom Posten eines Statthalters des amerikanischen Weltreiches für die ostasiatischen Gebiete ist dem gefährlichsten Kriegstreiber, der bisher die Welt beunruhigt hat, das Handwerk gelegt worden. An dieser Tatsache werden

auch die rauschendsten Empfänge und lärmendsten Kundgebungen, die dem ausgebooteten Nationalhelden in Amerika bereitet werden mögen, nichts mehr ändern. *Dieser* Götze ist gefällt, und er wird nicht wieder aufstehen! Es ist, wie wenn eine unsichtbare Hand eingegriffen hätte, um die Menschheit vom Rand eines Abgrundes zurückzureißen, in den dämonische Mächte sie zu stürzen drohten, und ihr eine Atempause zu schenken, in der sie Klarheit und Kraft finden soll, um sich von dem Irrweg, den sie geht, endgültig abzukehren.

Das Mindeste, was man sagen muß, ist, daß die Entlassung Mac Arthurs die internationale Lage unverhofft aufs stärkste entspannt hat. Noch wenige Tage vorher hatte der Pariser «Monde», also ein Blatt des konservativen Bürgertums, schreiben können:

«MacArthur will den Krieg. weil er glaubt, ein gefestigter chinesisch-sowjetrussischer Block bedeute für den Westen eine Gefahr, der kaum zu widerstehen sei. Im Verein mit seinem Freund Tschiang Kai-shek, dessen Hoffnung, eines Tages wieder Herr von ganz China zu werden, sich einzig und allein verwirklichen läßt, wenn sich ein allgemeiner Krieg über den ganzen Fernen Osten ausbreitet, propagiert und präpariert er die Blockierung der chinesischen Küste, die Landung der auf Formosa befindlichen nationalchinesischen Truppen und die Beschießung der chinesischen Luftstützpunkte und Industriezentren in der Mandschurei. Dies würde nach seiner Meinung genügen, um Mao Tse-tung zu einer vollkommenen Umkehrung seiner Politik zu veranlassen. Ein russisches Eingreifen sei in diesem Falle höchst unwahrscheinlich. Aber man muß daran erinnern, daß er einst bestimmt versichert hat, die Chinesen würden in Korea nicht eingreifen, und die amerikanischen Soldaten würden an Weihnachten bei sich zu Hause den obligaten Truthahn verspeisen. Warum soll sich also MacArthur nicht noch einmal täuschen?»

Die amerikanische Regierung, so fuhr «Le Monde» fort, habe zwar die ehrliche Absicht, den Frieden zu erhalten. Aber sie wage eben aus Furcht vor der öffentlichen Meinung doch nicht, den unbotmäßigen, aber volkstümlichen General zur Ordnung zu rufen. Man habe sich seinerzeit wohl doch nicht genügend Rechenschaft darüber gegeben,

«was es heißt, einem Manne vom Schlage des Generals das Recht einzuräumen, unbeschränkt Nachrichten zu verbreiten, die jeglicher Kontrolle durch die Stellen, mit denen er in Washington zusammenarbeiten muß, entzogen sind. Im Zeitalter des Fernschreibers geben die Drähte jeden Tag Dutzende von Emser Depeschen durch. Aber eben: diese Meldungen beeinflussen die öffentliche Meinung, diese wirkt sich auf die Bundesversammlung aus, und von der Bundesversammlung wird die Regierung ins Schlepptau genommen.»

Das kennzeichnete die Lage, wie sie noch bis vor ganz kurzem bestand, durchaus treffend. General MacArthur und seine Leute verstanden es tatsächlich besonders gut, «Emser Depeschen» zu fabrizieren, das heißt nach dem berüchtigten Muster Bismarcks, der von Bad Ems aus im Sommer 1870 durch ein Fälscherkunststück den Krieg mit Frankreich heraufbeschwor, Tendenzmeldungen in die Welt zu setzen, die planmäßig darauf ausgingen, eine Ausdehnung des Korea-Krieges mindestens auf China zu erzwingen. Ja, unabhängige französische und amerikanische Journalisten haben sogar den Beweis dafür angetreten,

daß MacArthur dank der scharfen Nachrichtenzensur, die er eingerichtet hatte, mit seinen Heeresberichten in den letzten Monaten die Welt und seine eigene Regierung regelrecht angelogen habe. Wie Claude Bourdet in den von J.-P. Sartre geleiteten «Temps Modernes» (Märzheft 1951) schreibt, ließ der General beispielsweise im vergangenen November mit Trompetenstößen eine riesige chinesische Dampfwalzen-Offensive ankündigen, die sich aber mehr in den Zeitungsspalten als auf dem Schlachtfeld entwickelt habe:

«Söul wurde angesichts der chinesischen ‚Drohung' aufgegeben, und MacArthurs Streitkräfte zogen sich heldenmütig Schritt um Schritt zurück, unter gewaltigem Aufwand von Erbitterung und Druckerschwärze gegen einen Feind, dessen Bedeutung sich — wie alle Frontberichte erwiesen — auf ein paar Patrouillen beschränkte. Durch ein Wunder ohnegleichen in der Kriegsgeschichte gelang es MacArthur im Verlauf dieser Patrouillengefechte, den anstürmenden Horden in zehn Tagen Verluste von 50 000 Toten und Verwundeten beizubringen, also auf den Tag gerechnet größere Verluste, als die Deutschen vor Verdun erlitten und die Russen dem General von Paulus vor Stalingrad zugefügt haben ... Vom 15. Januar ab neue Wendung der Strategie MacArthurs: Er geht wieder zum Gegenangriff über und wirft die chinesischen Horden nach Norden zurück. In Wirklichkeit nahm er nur die Suche nach dem abwesenden Feind wieder auf, wahrscheinlich weil die ganze Pressemache auf die Länge doch nicht den Leerraum hätte verschleiern können, der zwischen den beiden Armeen lag.»

Politisch hatte MacArthur seinen Zweck immerhin erreicht. Die drohenden Friedensgespräche mit China wurden entscheidend gestört, die amerikanische Aufrüstung bekam neuen Auftrieb, und schließlich wurde China von den Vereinten Nationen feierlich als Angreifer erklärt, so daß grundsätzlich einer «Vergeltungsoffensive» in die Mandschurei hinein nichts mehr im Wege gestanden wäre. Da man in Washington aber immer noch zögerte, diesen letzten Schritt zu tun, schickte sich MacArthur an, ihn nun eben selber zu tun, indem er aus eigener Machtvollkommenheit den Chinesen einen «Waffenstillstand» anbot, gleichzeitig aber – und darauf ruhte der Nachdruck – mit Losschlagen gegen China direkt drohte, falls seine edelmütige Offerte unberücksichtigt bleiben sollte. Wenn irgend etwas die chinesische Regierung veranlassen konnte, auf MacArthurs Eröffnungen *nicht* einzutreten, so war es natürlich diese Drohung, die zum Überfluß von der ausdrücklichen Erklärung begleitet war, daß selbstverständlich so «abseitige» Fragen wie die Zukunft Formosas und Chinas Sitz in der UNO nicht zur Debatte stünden, und schon am nächsten Tag von MacArthurs Ankündigung gefolgt wurde, daß die ihm unterstellten Truppen den 38. Breitengrad erneut überschreiten würden, «wenn und sobald ihre Sicherheit es ratsam mache».

Das war nun freilich auch den Truman, Marshall und Acheson zuviel. Schon seit Monaten unter dem Druck der Regierungen von London, Paris, Ottawa usw. stehend, die mit steigender Besorgnis die Treibereien MacArthurs verfolgten, und immer neue «Privatbriefe» und öffentliche Erklärungen des Tokioter Diktators im Sinne seiner gemein-

gefährlichen Asienpolitik lesend, bekamen sie es endlich satt, sich als die schwachmütigen Politiker hinstellen zu lassen, die mit der Feder verdürben, was das Schwert errungen habe, und nicht einsehen wollten, daß die UNO-Streitkräfte «die chinesischen Kommunisten leicht schlagen» könnten, wenn man sie nur die chinesischen Küsten blockieren, das dürftige Eisenbahnnetz Chinas durch Luftangriffe außer Betrieb setzen und die Stützpunkte der roten Armeen in der Mandschurei zerstören lasse. Es mußte ja schließlich auch den wohlwollendsten und nachgiebigsten unter den Staatsmännern, die MacArthur bisher die Stange gehalten hatten, einleuchten, daß dessen Kriegführung, statt durch die unfähigen und feigen Politiker gelähmt zu werden, umgekehrt auf dem besten Wege war, die ganze Außenpolitik der Vereinigten Staaten heillos in Verruf zu bringen und Amerika seinen besten Verbündeten zu entfremden. Die Sowjetunion aber wäre durch MacArthur zum Eingreifen geradezu herausgefordert worden, hätten doch die Russen, die nach halbamtlichen amerikanischen Angaben starke Kräfte im Fernen Osten zusammengezogen haben sollen, kaum untätig zusehen können, wie die USA-Luftwaffe die Mandschurei verwüstet hätte, ohne daß wirksame Gegenwehr durch eine eigene chinesische Luftwaffe möglich gewesen wäre.

Das Wetter, das sich über dem Haupte des rebellierenden Generals zusammenzog, war so diesmal wirklich ernst. Und als dann am 11. April der Blitzstrahl von Washington aus in Tokio niedersauste, da wirkte das zwar als internationale Sensation erster Ordnung, gleichzeitig aber auch als Entladung einer Spannung, die unheildrohend nicht allein über Ostasien, sondern über der ganzen Welt gelegen hatte. Der politische Himmel schien sich wirklich wieder einmal aufgeheitert zu haben.

Aber was weiter? Die große Frage ist nun freilich, was in Korea weiter werden soll und was für eine Bedeutung der Kaltstellung des einflußreichsten Befürworters eines Krieges mit China im Rahmen der Gesamtpolitik der Vereinigten Staaten zukommt. General Ridgeway, der MacArthur ablöst, wird sicherlich die Weisungen seiner Vorgesetzten loyal ausführen und einer Liquidierung des koreanischen Abenteuers keine Schwierigkeiten machen, wenn einmal die amerikanische Regierung dazu bereit ist. Aber *ist* sie schon dazu bereit? Vergesse man doch niemals, daß Amerikas Eingreifen in Korea überhaupt nicht erfolgt wäre, hätten nicht MacArthur und seine Partei entschlossen darauf gedrückt, die vermeintlich glänzende Gelegenheit wahrnehmend, den bewaffneten Machtkampf gegen den Kommunismus in ganz Asien, der mit dem Scheitern der amerikanischen Intervention in China ein unrühmliches Ende gefunden hatte, neuerdings aufzunehmen. Die Logik der Dinge würde also verlangen, daß die UNO-Armee aus Korea zurückgenommen, Formosa preisgegeben und der Chinesischen Volksrepublik ihr Sitz in den Räten der Vereinten Nationen frei-

gemacht würde. Aber eine solche Schwenkung ihrer Ostasienpolitik weist die amerikanische Regierung ja weit von sich. Sie erklärt ein übers andere Mal, daß eine «Beschwichtigung» des kommunistischen Angreifers, wie die aufs tiefste empörten Parteigänger MacArthurs sie ihr als Absicht vorwerfen, gar nicht in Frage komme, daß der Krieg in Korea nun erst recht zielbewußt fortgesetzt werde und vor einem bedingungslosen Rückzug der Chinesen von irgendwelchen Zugeständnissen an sie keine Rede sein könne. Der Korea-Krieg wird also, wenn China und Nordkorea nicht einlenken, im gleichen Stile weitergehen wie bisher, zumal die UNO-Truppen seit mehr als Monatsfrist in fast unaufhörlichem Vorrücken begriffen sind und die Verhandlungsposition der Vereinten Nationen damit bedeutend besser geworden ist, als sie es noch vor kurzem war. Anderseits haben aber gerade darum die Chinesen und Nordkoreaner, wie man meinen sollte, ein Interesse daran, den Kampf unter annehmbaren Bedingungen abzubrechen, einen Kampf, den zu gewinnen sie aus eigenen Kräften kaum mehr hoffen dürfen, und dessen Fortsetzung höchstens der Sowjetunion zustatten käme, die wünschen muß, daß die amerikanischen Machtmittel in möglichst weitem Umfang in Ostasien gebunden bleiben und nicht für ein Eingreifen großen Stiles in Europa frei werden. Es wäre darum nichts als elementare Staatsweisheit, wenn die Vereinigten Staaten – beziehungsweise die Vereinten Nationen – allen Prestigerücksichten und allem Geschrei der MacArthuristen zum Trotz den Chinesen goldene Brücken für ihren Rückzug bauten und zum mindesten Formosa seinem rechtmäßigen Oberherrn überließen. Ohne Sicherheit, daß China nicht von Formosa aus doch noch angegriffen wird, wird Peking keinen Frieden schließen.

Verharren beide Teile in ihrer bisherigen starren Haltung, so ist freilich die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß auch ohne MacArthur der Koreakrieg auf China übergreift und der abgesetzte General früher oder später, wenigstens «moralisch», doch noch seine Revanche bekommt[1]. Bis dahin bleibt jedoch seine Verabschiedung das, was sie, rein politisch gesehen, von Anfang an war: *eine neue Niederlage der «asiatischen Schule» amerikanischer Außenpolitik* und ein Sieg derjenigen Richtung, die den entscheidenden Schauplatz eines Krieges mit dem Weltkommunismus in *Europa* sieht. Und die Frage erhebt sich mit verdoppelter Dringlichkeit, ob hier, in Europa, eine solche Auseinandersetzung vermieden, also ein friedliches Nebeneinanderleben der beiden sich heute feindselig belauernden Welten gesichert werden kann. Wie stehen dafür die Aussichten?

Grundsätzlich muß man wohl Jean-William Lapierre zustimmen, der

---

[1] Inzwischen wird der grollende Achill seine Erinnerungen schreiben. Ein Angebot von einer Million Dollar Honorar hat er dafür bereits bekommen, außerdem auch die Einladung zur Annahme eines leitenden (?) Postens in der Remington Rand Company mit einem sechsstelligen Gehalt. Bisher bezog der bedauernswerte Mann nur ein steuerfreies Einkommen von 15 000 Dollar plus 3700 Dollar Spesenvergütung.

im «Esprit» (März 1951) feststellt, daß *beide* Kräftegruppen, wie sie jetzt miteinander konkurrieren, nach Ausdehnung ihres Einflußbereiches über die ganze Welt hin streben, streben *müssen:*

«Es gibt einen kapitalistischen Imperialismus, der Absatzmärkte und Rohstoffquellen braucht, um sich zu entfalten; und der zweite Weltkrieg, der den Ruin der europäischen Nationen vollendet und denjenigen der Britischen Völkergemeinschaft ernstlich begonnen hat, hat aus den Vereinigten Staaten die führende Macht dieses Imperialismus gemacht. Und es gibt einen internationalen Kommunismus, dessen Ziel es ist, die ‚unvermeidliche' Revolution über die ganze Menschheit hin auszubreiten, die Revolution, die nach ihren Vorkämpfern und Theoretikern den Widersprüchen und Nöten des kapitalistischen Regimes ein Ende machen soll ... Durch die Oktoberrevolution von 1917 ist die Sowjetunion die leitende Macht dieses internationalen Kommunismus geworden.»

Von einem «friedlichen Wettbewerb» der beiden Systeme in dem Sinne, daß sich beide mit ihrem bisherigen Tätigkeitsbereich begnügen könnten, sei also keine Rede:

«In der Sicht des Kapitalismus ist die Grundbedingung für jeden Wettbewerb der freie Zugang zu den Märkten und Rohstoffquellen. Die imperialistische Expansion vollzieht sich eben im 20. Jahrhundert nicht mehr durch Gebietseroberungen oder politische Annexionen, sondern durch wirtschaftliche ‚Organisation'. Es kann also in den Augen des Geschäftsmannes kein *friedliches* Zusammenleben und Konkurrieren geben, wenn die kommunistisch regierten Länder seinen Unternehmungen nicht freien Zugang, seinen Waren nicht freie Einfuhr gewähren. Heißt aber die Erfüllung einer solchen Bedingung in den Augen des Kommunisten nicht die Gefährdung der Zukunft der Revolution? Liegt darin nicht die Ursache für den Widerstand des Kommunismus gegen den Marshallplan, den die Sowjetunion und alle ihre Vasallen, eingeschlossen die Tschechoslowakei, unter den bekannten Umständen abgelehnt haben? Und ist das nicht der Daseinsgrund für den ‚eisernen Vorhang', der nur im Falle genau begrenzter Handelsabmachungen gelüftet wird?»

Kapitalistische Konstruktionen Der westliche Kapitalismus befindet sich angesichts dieses Widerstandes der kommunistischen (und sozialistischen!) Welt gegen seine weitere Ausdehnung in einer besonders schwierigen Lage. Er hat, wie Paul Sweezy in der Neuyorker «Monthly Review» (November 1950) schrieb, ein Stadium erreicht, in dem ein einzelnes kapitalistisches Land wirtschaftlich und militärisch stärker ist als alle übrigen Länder zusammen. Und der Sozialismus ist nicht länger «eine Insel im Ozean des Imperialismus», sondern ein Gesellschaftssystem, das von einem Drittel der menschlichen Familie angenommen worden ist. Der Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus geht vor allem in den unentwickelten Ländern vor sich, die für eine Revolution reif sind. Wenn unter diesen Umständen die Vereinigten Staaten «in einen Zustand dauernder Krise verfielen und darin verblieben, so würde sich der Weltkapitalismus reißend schnell zersetzen. Die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Weltsystems verlangt also erstens, daß der Neigung zu einer Dauerkrise in den Vereinigten Staaten entgegengewirkt wird, und zweitens, daß eine große ‚Polizeikraft' in ständiger Bereitschaft gehalten wird, um revolutionäre

Neigungen in jedem Lande niederzuhalten, das Miene macht, den Kapitalismus fahren zu lassen und sich der entstehenden sozialistischen Welt anzuschließen. Die Kriegsrüstungswirtschaft dient beiden Zwecken». Deshalb hat sich «die herrschende Klasse Amerikas jetzt vollständig auf die Kriegsrüstungswirtschaft festgelegt als die einzig mögliche Methode, um den Weltkapitalismus aufrechtzuerhalten.»

In der soeben erschienenen Aprilnummer der genannten Zeitschrift entwickelt der Verfasser diesen Gedanken auf bemerkenswerte Art weiter. «Die herrschende Klasse Amerikas», so legt er dar,

«kann und will das nicht eingestehen, nicht einmal sich selber. Sie *muß* eine andere Erklärung für die Gefahren haben, die sie bedrohen, eine Erklärung, die nicht das moralisch verhängnisvolle Eingeständnis in sich schließt, daß gerade das System, das sie zur herrschenden Klasse macht und ihr Reichtum und Vorrechte einbringt, auf die höchste geschichtliche Probe gestellt worden ist und versagt hat. Und die herrschende Klasse Amerikas hat diese Erklärung in der Hypothese gefunden, daß jede Bewegung, die irgendwo die Ersetzung der alten Ordnung durch das neue System des Sozialismus erstrebt, nur ein Arm, eine Ausdehnung, eine Kundgebung des russischen Staates sei.

Unsere Führer sind von den Erfahrungen der Kriegszeit her mit fünften Kolonnen und psychologischer Kriegführung der verschiedensten Art vertraut, und all das liefert ein passendes Schema, mit dem sie die sozialistische Weltbewegung erklären können. Der Sozialismus verwandelt sich in ihrer Einbildung in eine riesenhafte russische fünfte Kolonne, deren einziger Zweck ist, die Interessen einer teuflischen neuen Art von Imperialismus zu fördern ... Und sie beweisen sich selbst — und leider auch sehr vielen ihrer Landsleute —, daß ihre eigene Angriffspolitik in Wirklichkeit eine schwache und verspätete Verteidigung gegen den allumfassenden Angriff des Überfeindes ist, dessen Hauptquartier sich in Moskau befindet.»

Daß bei solcher Betrachtungsweise ein Vergleich der heutigen Lage mit derjenigen vor 1939 naheliegt, ist leicht begreiflich. «Die Vereinigten Staaten und Westeuropa», so sagt Jean Lacroix im «Esprit» (März 1951),

stehen im Begriffe, sich in den Krieg zu stürzen aus Gewissensbissen darüber, daß sie nicht früher gegen Hitler aufgestanden sind! Der Gedanke an Hitler verfolgt die Geister und richtet darin die ärgsten Verheerungen an. Eine Politik der Nachgiebigkeit gegenüber Deutschland hat den Zusammenstoß verursacht; eine Politik der Festigkeit gegenüber der Sowjetunion wird ihn vermeiden ... Diese Stellungnahme setzt voraus, daß wir uns im Jahr 1950 gegenüber der Sowjetunion in der gleichen Lage befinden wie im Jahr 1938 gegenüber Deutschland, daß Kommunismus und Nazismus als ‚totalitäre' Bewegungen einander gleichzusetzen sind, daß die russische Politik seit 1917 eine Angriffspolitik von der gleichen Art wie die Hitlerpolitik gewesen ist usw. — lauter falsche oder anfechtbare Behauptungen. Wer den Marxismus auch nur im geringsten kennt, weiß doch, daß der Kommunismus seinen Sieg nicht vom Krieg erwartet, sondern vom Zerfall des Kapitalismus, daß er sicher zu gewinnen glaubt, wenn er den Frieden nur lange genug erhalten könne, daß er sich aber tatsächlich auf den Krieg gefaßt macht, weil das nach seiner Auffassung für die Vereinigten Staaten das einzige Mittel ist, eine sonst unvermeidliche Krise zu überwinden, und der Kapitalismus so nach der Formel von Jaurès ‚den Krieg in sich birgt wie die Wolke das Gewitter'. Diese Auffassung mag wahr oder falsch sein, aber es heißt die Katastrophe entfesseln wollen, wenn man sich denen gegenüber, die sie vertreten, genau so verhält wie gegenüber den Hitlerleuten.»

Kommunistische Reaktionen Hier ist wirklich der entscheidende Punkt getroffen. Die Russen verlangen nichts anderes als *Zeit* – nicht um sich, wie eine böswillige Deutung behauptet, recht ausgiebig auf einen Angriffskrieg gegen Westeuropa oder gar Nordamerika vorbereiten zu können, sondern um endlich einmal das Schwert ablegen und allein die Kelle führen zu dürfen, mit der sie ihre neue Gesellschaft aufbauen wollen, in der festen Überzeugung, daß der sichtbare Erfolg dieses Werkes auch die anderen Völker für den Kommunismus moralisch erobern werde. Das ist seit 25 Jahren der Grundgedanke von Stalins Innen- und Außenpolitik («Sozialismus in einem einzigen Land»), und in diesem Geist hat sich die Sowjetunion auch gleich nach dem Ende des zweiten Weltkrieges an die gewaltigen Friedenswerke gemacht, die jetzt in der Durchführung begriffen sind: umfassender Wiederaufbau der kriegszerstörten Gebiete, Entwicklung der Verbrauchsgüterindustrie und entsprechende Hebung der Lebenshaltung des Volkes, Erweiterung und Vertiefung der Volkskultur, weitere Rationalisierung und Technisierung der Landwirtschaft, Schaffung eines riesigen Waldgürtels um die Steppengebiete herum, Aushebung eines Kanals vom Amu Darja zum Kaspischen Meer, Bau einer südsibirischen Eisenbahn usw. Auf westmächtlicher und besonders amerikanischer Seite aber fürchtet man nichts *mehr*, als daß das Sowjetexperiment gelingen könnte, macht sich doch seine Anziehungskraft auf die zurückgebliebenen Völker Asiens, Südeuropas und Afrikas schon jetzt aufs stärkste geltend. Man möchte deshalb den ganzen grandiosen Versuch noch so rechtzeitig zum Scheitern bringen, daß er gar keine Möglichkeit mehr hätte, sich weiter zu entfalten und zu bewähren. *Darum* die hysterischen Angstschreie der Vertreter und Nutznießer der alten Ordnung («Wir sind in tödlicher Gefahr!» «Ein teuflischer Feind steht vor unseren Toren, um die ganze Welt seinem Schreckensregiment zu unterwerfen» usw.), darum die fieberhafte militärische Aufrüstung des Atlantischen Blocks, darum die Politik der Einschüchterung und Druckausübung gegen die Sowjetunion, darum auch die verführerische Kraft des Gedankens, es sei ein Präventivkrieg auszulösen, solange der Westen noch einigermaßen geschlossen dastehe und der Osten nicht neu gefestigt und gestärkt auftreten könne. Kurz, der militärisch-machtpolitische Kampf gegen die Sowjetunion und den Kommunismus, den die imperialistischen Staaten des Westens und Ostens schon seit 1917 geführt hatten, lebte nach der gemeinsamen Niederringung des Nazismus und Faschismus in neuer Form kräftiger auf als je und wird seither in immer weiter verstärktem Grade planmäßig vorwärtsgetrieben.

Wie reagieren nun die Russen auf diese Aktion der Westalliierten? Zunächst mit einer Steigerung der eigenen Rüstungen, sodann mit der Schaffung eines Systems verläßlicher Satellitenstaaten, die einem neuen Angriff von Westen her den Weg verlegen könnten, mit schärfster Absperrung der Sowjetunion von der nichtkommunistischen Außenwelt, mit

Aufrechterhaltung einer unbarmherzigen Diktatur in allen Ländern des Ostblocks und nicht zuletzt mit der *Begünstigung der sozialen Revolution* in denjenigen Ländern, die dafür reif scheinen, aber ohne Einsatz russischer Machtmittel. In dieser Beziehung hat die Sowjetunion eine unschätzbare Stütze im neuen China gewonnen, dessen revolutionäre Interessen mit den ihrigen weithin parallel laufen, und mit dem zusammen sie in der ost- und südostasiatischen Völkerwelt den Kampf gegen die alten und neuen Herrschaftsformen des westlichen Kapitalismus mächtig fördern und im Kriegsfall eine amerikanische Millionenarmee in Asien binden, also von Rußland fernhalten könnte. Korea und Indochina, Hongkong und die Philippinen, Siam, Burma, Malaya und Indonesien, ja vielleicht sogar Indien eignen sich für eine solche Aktion vorzüglich, aber auch in Mittel- und Vorderasien gibt es Ansatzpunkte genug für eine sozial-revolutionäre Bewegung, die den Westmächten schwer zu schaffen machen könnte. Gerade die jüngsten Ereignisse in *Persien*, wo sich eine heftig nationalistische Bewegung ausbreitet, die die Abkehr von England und Amerika und die Anhandnahme wirtschaftlicher und sozialer Reformen auf ihre Fahne geschrieben hat (Verstaatlichung der Ölindustrie, Wohnungsbau, Lohnerhöhungen usw.), zeigt deutlich die Möglichkeiten an, die sich für eine weitschauende Sowjetpolitik im näheren Osten eröffnen.

Für eine *weitschauende* Sowjetpolitik! Das heißt für eine Politik, die die soziale Revolution, wie sie den Inhalt der kommunistischen Arbeit auf dem eigenen Gebiete der Sowjetunion darstellt, in anderen Ländern nicht auf eine Art und Weise begünstigt, daß damit der *Völkerfriede* gefährdet wird. Denn nicht wahr, die Zeiten sind doch wohl vorbei, da sich gewalttätige Staatsumwälzungen im Innern eines Landes durchsetzen konnten, ohne auch dessen Stellung als Mitglied der Völkerfamilie aufs stärkste in Mitleidenschaft zu ziehen! Innere und äußere Politik, nationale und internationale Ordnung, Klassenkrieg und Völkerkrieg hängen heute so eng zusammen, daß gewaltsame Eingriffe auf dem einen Feld auch den Stand der Dinge auf dem anderen Felde gefährlich beeinflussen und erschüttern müssen. Die Gewaltrevolutionen des 20. Jahrhunderts, so hat man mit Recht gesagt, sind nicht mehr bloß explosive Volkserhebungen, sondern eigentliche Kriege und nicht bloß Bürgerkriege, sondern militärische Kriege, die mit voll ausgerüsteten und organisierten Armeen geführt werden. Wir haben ja dafür ein abschreckendes Beispiel an *Korea*, dessen kommunistisch gewordene Nordhälfte ihren revolutionären Angriff (Revolutionen stehen par définition immer im Angriff) auf die feudal-rückständig gebliebene Südhälfte mit der gleichen Militärtechnik ins Werk setzte, die bei auswärtigen Kriegen üblich ist[2]. Mindestens duldend, wenn nicht tätig ermutigend standen

[2] Die kürzlich von der nordkoreanischen Regierung herausgegebene Sammlung südkoreanischer Aktenstücke, die im Juli 1950 in Söul erbeutet wurden, bestätigt zwar die Tatsache, daß Nordkorea mit seinem Einfall in den Südstaat nur einem An-

aber hinter diesem Revolutionskrieg China und die Sowjetunion, die beide auf einen verhältnismäßig leichten Sieg der Nordkoreaner gerechnet hatten und nur schwer enttäuscht sein konnten, als die revolutionäre Aktion Nordkoreas die gegenrevolutionäre Reaktion Amerikas und der Vereinten Nationen hervorrief. Das Ergebnis ist niederschmetternd: Korea ist nach dem Ausspruch des UNO-Bevollmächtigten für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, J. Donald Kingsley, das meistverwüstete Land und sein Volk das meistverelendete in der Geschichte moderner Kriegführung, mit mindestens zwei Millionen Toten und dreieinhalb Millionen Flüchtlingen, die an Nahrung, Kleidung und Obdach in unvorstellbarer Weise Mangel leiden.

Würde wohl eine kommunistische Revolution in einem anderen Lande, das amerikanischem Zugriff offen steht, grundsätzlich anders verlaufen und bessere Ergebnisse bringen? Es ist kaum anzunehmen. Der Umsturz in der Tschechoslowakei war vermutlich auf absehbare Zeit die letzte gelungene Revolution dieser Art, die nicht mit einer gegenrevolutionären Intervention der konservativen und kapitalistischen Mächte beantwortet wurde. Jedes ähnliche Unternehmen in oder gegen Indien, Persien, Griechenland oder Spanien, nicht zu reden von Westdeutschland, Frankreich und Italien, würde von den Verteidigern des Bestehenden wie von denjenigen Sozialisten, die einen Regimewechsel nur mit den Mitteln der parlamentarischen Demokratie zulassen wollen, unfehlbar als Ausfluß russisch-kommunistischen Welteroberungswillens erklärt, von der UNO als Friedensbruch gebrandmarkt und fast automatisch zur Entfesselung eines dritten Weltkrieges benützt werden. Und am Ende stünde nicht eine neue, menschlichere, gerechtere Gemeinschaftsordnung, sondern die ärgste Unordnung und Barbarei, in der nur mehr das roheste Faustrecht das notdürftige Funktionieren einer primitiven Wirtschaftsmaschinerie zu sichern vermöchte.

Verantwortungen Heißt das, daß wir uns einer zynischen Erpresserpolitik der gegenrevolutionären Kräfte, die eine notwendige Gesellschaftsumwälzung mit Gewaltandrohung verhindern wollen, einfach widerstandslos beugen müßten? Gewiß nicht. Es heißt nur, daß, wie ein sogenannter Freiheitskrieg zur Zerschmetterung des Kommunismus, so auch ein Revolutionskrieg zur Überwindung von Kapitalismus und Feudalherrschaft schlechterdings widersinnig, ja selbstmörderisch geworden ist. Auch eine begrenzte, scheinbar lokalisierte Gewaltrevolution droht unter den heutigen Verhältnissen zu einem allgemeinen, sich unaufhaltsam ausweitenden Völkerkrieg zu werden, in

---

griff zuvorkommen wollte, den die Regierung Syngman Rhee mit mindestens wohlwollender Duldung durch Amerika vorbereitete. Aber auch ein präventiver Revolutionskrieg verfällt dem Gericht, das alle Kriege zwischen Klassen, Rassen und Nationen trifft.

dem alle Güter und Werte, die uns teuer sind, zugrundegehen müßten. Die große Verantwortung, die sich daraus für die Kommunisten und für die Sowjetunion im besonderen ergibt, liegt auf der Hand. «Wie die Dinge heute liegen», schreibt Scott Nearing in seinen «World Events» (Winter 1951) zutreffend,

«brauchen sich die Kommunisten nicht zu überstürzen, um die Frucht zu pflücken, die vom Baume des kapitalistischen Imperialismus überall reif herabhängt. Die Frucht ist dem Zugriff der Kapitalisten entzogen. Wenn die Kommunisten warten wollten, bis sie bereit sind, für die Ernte zu sorgen, könnten sie diese mit geringeren Verlusten und weniger Schaden einbringen. Die Kommunisten brauchen für den Augenblick nicht mehr Land. Wenn sie am Frieden interessiert sind, ist die größte Aufgabe, die sich ihnen stellt, die Schaffung einer Musterordnung für die gegenseitige Hilfe unter den verschiedenen Nationen, die jetzt im sozialistischen Aufbau begriffen sind ... Wenn die Kommunisten in diesem Abschnitt ihres Kampfes ums Dasein Frieden wollen, so sollten sie nicht so viel Aufmerksamkeit dem Kapitalismus schenken, der im Todeskampf liegt, und ihre Hauptenergie vielmehr der Aufgabe widmen, einen Weltbund von Volksrepubliken aufzurichten ... Es versteht sich von selbst, daß militärische Intervention und bewaffnete Invasion, als Werkzeug der Politik gebraucht, die Organisierung eines Weltbundes von Volksrepubliken unwahrscheinlich oder unmöglich machen wird.

... Wenn die Kapitalisten und Kommunisten Frieden wollen, so müssen sie ihre Kräfte derart einsetzen und ihre Diplomatie dergestalt ausrichten, daß sie Verständigung und Kompromiß an die Stelle bewaffneter Macht setzen in der Behandlung von Angelegenheiten, die die Beziehungen zwischen den Klassen und den Völkern betreffen. Wenn die Kapitalisten oder die Kommunisten in dieser Hinsicht versagen, so werden sie sich vom Volke geschieden sehen, denn die Masse der Menschheit will Frieden.»

An dieser Forderung gemessen, bieten die gegenwärtigen Beziehungen der beiden Weltmachtgruppen, bietet insbesondere die *Pariser Vorkonferenz der stellvertretenden Außenminister* freilich ein geradezu klägliches Bild. Wohl haben beide Teile in endlosem, haarspalterischem Parlamentieren, dem bald kein Mensch mehr Beachtung schenkt, einander allerlei nicht unwesentliche Zugeständnisse abgerungen. Aber im Grunde sind die Stellungen hüben und drüben dennoch die gleichen wie zu Beginn der Verhandlungen: Die Russen beharren darauf, daß die Frage der Wiederaufrüstung Westdeutschlands, als den Frieden Europas am unmittelbarsten bedrohend, in den Vordergrund einer kommenden Viermächtekonferenz gestellt werde, ohne sich damit ihrer Verknüpfung mit einer Erörterung der *«allgemeinen»* Ursachen der internationalen Spannung zu widersetzen; die Engländer, Franzosen und Amerikaner hingegen scheinen entschlossen zu sein, Westdeutschland unter allen Umständen aufzurüsten, und legen darum – bei allen Meinungsverschiedenheiten, die sie trennen – den Nachdruck auf die Behandlung jener allgemeinen Konfliktsursachen, in der nicht unbegründeten Überzeugung, daß es dann überhaupt nicht mehr zu einer Erörterung des unbequemen Deutschlandproblems kommen werde. Wie unter diesen Umständen eine Hauptkonferenz der vier Großmächte – falls sie je einberufen würde – zu einem positiven Ergebnis kommen soll, erscheint tat-

sächlich rätselhaft, besonders wenn die Russen, wie jetzt in Paris, wieder mit stundenlangen Reden zum Fenster hinaus eine Trölerei betreiben, die von der Gegenseite natürlich als Beweis dafür ausgelegt wird, daß auch *sie* im Ernst keine Verständigung wollten.

Die Westmächte fahren inzwischen fort, ihren Zusammenschluß auch auf *wirtschaftlichem* Gebiete zu befördern. Der *Schuman-Vertrag* über die Vereinigung der festländisch-westeuropäischen Kohlen- und Stahlindustrien ist soeben unterzeichnet worden; er bringt bezeichnenderweise den Deutschen Erfolge, auf die sie noch vor einem Jahre kaum zu hoffen gewagt hätten, so namentlich die fast gänzliche Aufhebung des Verbots der Vertrustung ihrer Schwerindustrie und die Ermächtigung an die Ruhrstahlwerke, eigene Bergwerke bis zu 75 Prozent ihres mutmaßlichen Kohlenbedarfes auszubeuten. Was natürlich die Deutschen durchaus nicht hindert, über eine «Schwächung und Verminderung der deutschen Wirtschaftssouveränität auf Jahrzehnte hinaus» zu jammern, die der Schuman-Vertrag bringe... Im übrigen ist der fertige Schuman-Plan wirklich das geworden, was er von vornherein sein sollte: «ein ausgesprochen kapitalistisches Werkzeug, das den Gesetzen der privaten Besitzkonzentration in der Industrie unterworfen ist» («New Statesman», 31. März). Die Westmächte tragen mit dieser Politik, die den *wirklichen* Notwendigkeiten der europäischen Wirtschaft stracks zuwiderläuft, gewiß nicht zur sozialen Neuordnung und damit zur politischen Befriedung unseres Kontinents bei! Erst recht aber drohen sie, auf den Weg des eigentlichen Abenteuers zu geraten, wenn sie sich unter dem Einfluß eines immer ungeduldiger werdenden Amerikas dazu drängen lassen sollten, die Sowjetunion über kurz oder lang vor eine ultimativ geforderte Entscheidung zu stellen. Die in den amerikanischen Richtungskämpfen selbst liegenden Hemmungen für eine solche Entwicklung seien keineswegs verkannt; J.-M. Domenach und Paul Fraisse warnen aber doch mit gutem Grund im «Esprit» (Märzheft) davor, die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der amerikanischen Führungsschicht zu überschätzen:

«Wenn Truman und Taft in bezug auf die Ausdehnung des Raumes, in dem schon jetzt der Einsatz der Streitkräfte der Vereinigten Staaten gewagt werden könne, auch auseinandergehen, so sind sie darin einig, daß es vor allem auf die Macht Amerikas ankomme, wenn die kommunistische Expansion aufgehalten werden solle. Das ‚friedliche Nebeneinanderleben' bedeutet heute für sie, daß es Zeit sei, diese Expansion zu bremsen, ja sogar sie — in Ostdeutschland oder in Asien — zurückzudrängen — durch Einschüchterung oder nötigenfalls durch Gewalt.

Amerika übernimmt damit eine ungeheure Verantwortung. Die Politik, die es eingeschlagen hat, vermehrt an allen Punkten der Erde die Spannung beträchtlich. Die Gefahr ist im übrigen nicht allein diejenige, die einem bewaffneten Frieden immer innewohnt. Wer vermag sich vorzustellen, daß Amerika in diesem Zeichen dauernd leben könne? Es betreibt seine Politik wie ein Geschäft. Seine Aufrüstung muß zu einem Ergebnis führen. Es ist zu befürchten, daß dieses Ergebnis nur um den Preis des Weltfriedens erreicht wird.»

Los von Amerika! Das hauptsächliche Gefahrenzentrum ist so in der gegenwärtigen Weltlage unzweifelhaft *Amerika*, genauer seine kapitalistisch-antikommunistischen und antisozialistischen Kräfte. Wie vollkommen müßte die ganze internationale Situation revolutioniert werden, wenn in der Haltung der Vereinigten Staaten ein entscheidender Umschwung einträte! Nun sind gewiß im amerikanischen Volk viele Kräfte am Werk, die auf eine solche Wendung hinarbeiten. Und es ist wahrhaft ergreifend, die oft unerhört tapfere und opfervolle Gegenwehr einzelner Menschen und Gruppen zu beobachten, die sich fast verzweifelt bemühen, dem sich nahenden Verhängnis Halt zu gebieten und Licht und Wahrheit in ein irregeleitetes Volk hineinzutragen. Im ganzen genommen muß man aber doch einfach feststellen, daß unter dem Einfluß eines beispiellos bösartigen und dazu mit überreichen Mitteln ausgestatteten Propagandapparates Versteifung, Verhärtung und Verblendung in der amerikanischen Nation noch so groß sind, daß die erschütternde Wahrheit vorerst wenig Aussicht hat, bis zu den entscheidenden Stellen durchzudringen. Das gilt auch von der organisierten Arbeiterschaft, die zwar ihren Kampf um mehr Anteil am Ertrag des bestehenden Wirtschaftssystems zäh und rücksichtslos weiterführt, das System selbst aber in ihrer großen Mehrheit durchaus nicht in Frage stellt und namentlich dem daraus entsprungenen gegenrevolutionären Kurs der amtlichen Außenpolitik mit Begeisterung folgt,[3] was auch in der Haltung der westeuropäischen Arbeiterschaft sehr deutlich zum Ausdruck kommt! Und daß die Regierung ihrerseits das Nötige tut, um den primitiven Antisowjetismus der Arbeiter noch weiter zu stärken, versteht sich fast von selber. Nur *ein* kleines Beispiel: Der stellvertretende Arbeitsminister Ralph Wright führte unlängst einer Versammlung von Gewerkschaftsvertretern eindringlich zu Gemüte: «Wenn Amerika über Nacht in eine sowjetisch beherrschte Wirtschaft umgewandelt würde, würden die Löhne der amerikanischen Arbeiter nach meiner Schätzung um ungefähr 86 Prozent vermindert. Mit anderen Worten: dem amerikanischen Arbeiter würde von je fünf Dollar nur ein einziger übrig bleiben, und damit wäre er auf dem niedrigen Lebensstandard der Russen angelangt.» Wenn das nicht wirkt, was soll dann noch wirken?

Aber nun die ernste Frage: Müssen wir uns bei solcher Erstarrung der amerikanischen Gesamthaltung einfach darauf gefaßt machen, daß der Kalte Krieg fast zwangsläufig in den Heißen übergeht? Wenn keine durchschlagende Gegenwirkung kommt – allerdings! Aber wir müssen sogleich beifügen, daß eine solche Gegenwirkung immer noch möglich und voll größter Verheißungen ist. Und zwar besonders im Hinblick

[3] Ein Hauptvertreter dieses Kurses ist zur Zeit der «Boß» der Automobilarbeiter, Walther Reuther, der kürzlich unter zwanzigminutigem Beifallsgeschrei zum Präsidenten seiner Gewerkschaft — vielleicht der größten der Welt — wiedergewählt wurde.

auf *Westeuropa*. Denn Westeuropa spielt ja, zumal nach der Zurückbindung des Draufgängertums der asiatischen Schule, in den amerikanischen Plänen eine ganz überragende Rolle. Das Weltregime des «freien Unternehmertums», die Vorherrschaft der «amerikanischen Lebensform» – das soll ja mit politischen und militärischen ebenso wie mit wirtschaftlichen Mitteln zunächst einmal *hier* zum Siege geführt werden, wenn nötig durch eine «offensive Verteidigung» gegen den Sowjetblock. Und wenn im Dezember 1950 an der Brüsseler Tagung des Atlantikrates jenes große Rüstungsprogramm für Westeuropa und Westdeutschland beschlossen wurde, das jetzt unter Eisenhowers Führung verwirklicht wird, so ist das nur der vorläufig letzte, folgerichtige Ausdruck einer Politik, die Westeuropa zum amerikanischen Prell- und Rammbock gegen den kommunistischen Osten machen will. Wie nun aber, wenn sich Westeuropa für diese Rolle bedankte? Wenn es, kriegsmüde, wie es ist, gewillt wäre, sein eigenes Leben zu leben, anstatt für fremde Interessen zu sterben? Wenn es, ebenso unabhängig vom amerikanischen Kapitalismus wie vom russischen Kommunismus, die seinen eigenen Bedürfnissen und Überlieferungen gemäße Gemeinschaftsordnung aufzubauen den festen Entschluß faßte? Ist eine solche Vorstellung bloß ein utopischer Wunschtraum, oder kann sie zur Leitidee einer völlig realistischen Politik werden, die sich die Verhinderung eines Zusammenstoßes zwischen den beiden Machtblöcken und die Schaffung eines freien, sozialistischen Westeuropas zum Ziel setzte?

Sie *kann* es werden. Aber nur, wenn rasch und tatkräftig gehandelt wird. Denn die Zeit drängt. Es ist uns wahrscheinlich nur noch eine kurze Frist gegeben, vielleicht fünf, vielleicht auch zehn Jahre, um das Werk an die Hand zu nehmen, das uns ein Leben in Frieden und Freiheit sichern kann und das, bei der von vornherein feststehenden Ablehnung des östlichen Kommunismus durch die große Mehrheit der Westeuropäer, vor allem in der vollständigen, sauberen Lösung Westeuropas von der Machtpolitik des kapitalistischen Amerikas bestehen müßte.

Die Freunde von heute Der Kampf um Europa hat denn auch in den maßgebenden Ländern längst begonnen. *England* fühlt sich zwar auch nach dem Tode des gänzlich amerikahörigen Bevin und trotz der Einstellung der Marshall-Plan-Hilfe fest an die Vereinigten Staaten gekettet. Aber die schweren Lasten, die ihm die neue Kriegsrüstung auferlegt – das letzte Woche bekanntgegebene Budget für das Finanzjahr 1951/52 spiegelt sie deutlich genug wider –, die zunehmenden Einschränkungen der Lebenshaltung, die Erschwerung der Friedenswirtschaft durch die Ansprüche der Kriegsindustrie und besonders die Gewißheit, daß Großbritannien im Kriegsfall, als europäischer Hauptstandort der amerikanischen Luftwaffe, den

fürchterlichsten Verwüstungen durch russische Gegenangriffe ausgesetzt wäre — all das läßt im britischen Volk langsam doch den Willen reifen, sich von Amerika nicht in einen Krieg hineinziehen zu lassen, von dessen Recht es so wenig überzeugt sein könnte wie von der Aussicht, ihn zu gewinnen[4]. Und das vielleicht entscheidende Eingreifen der Labourregierung in Washington, zuerst gegen eine Entfesselung des Atombombenkrieges gegen China und dann gegen die militaristische Diktatur MacArthurs überhaupt, zeigt schon jetzt, was gegenüber einem dem Abgrund entgegentaumelnden Amerika erreicht werden kann, wenn ihm nur mit Klarblick und Festigkeit begegnet wird.

Frankreich ist grundsätzlich in ähnlicher Lage. Seine regierende Klasse hat zwar durch Präsident Auriol, den «Sozialisten», neuerdings ihre todesmutige Solidarität mit den Vereinigten Staaten öffentlich sehr laut verkünden lassen. Aber man kann sicher sein, daß bei diesem Staatsbesuch von französischer Seite auf mehr diskrete Weise auch Tatsachen und Stimmungen zur Sprache gebracht wurden, die den amerikanischen Tatendrang doch einigermaßen zu zügeln geeignet sind. Auf jeden Fall wissen wir Europäer, daß es neben dem offiziellen auch noch ein anderes Frankreich gibt, das – als «neutralistisch» verschrien – eine Verwicklung in den von den Vereinigten Staaten so kühn und kühl ins Auge gefaßten dritten Weltkrieg fast um jeden Preis ablehnt. Und wenn schon die jüngste, so plötzlich aufgeflammte Streikbewegung, bei der es doch nur um ein paar Franken mehr Lohn ging, das Wirtschaftsleben des Landes aufs gefährlichste zu stören vermocht hat, was für eine Antwort der französischen Arbeiterschaft muß man dann erst erwarten, wenn eine Regierung es sich einfallen ließe, das Volk an der Seite Deutschlands in einen Krieg gegen die Länder des Ostens zu führen! Wären die Herrschenden nicht von allen guten Geistern verlassen, sie würden einmal über *diese* Frage nachsinnen, statt an einer «Wahlreform» herumzupfuschen, die die parlamentarische Vertretung der Kommunistischen Partei künstlich auf 50 oder 30 Prozent ihres jetzigen Bestandes zurückwerfen soll, und darüber alle wirklichen Reformen zu vernachlässigen, die den kommunistischen Einfluß auf natürliche Weise schwächen könnten!

Ein Warnungszeichen waren auch die *revolutionären Ereignisse von Barcelona,* die nach privaten Mitteilungen aus Spanien, auf die sich A. del Vayo in «The Nation» (vom 24. März) bezieht, von einem Tag auf den andern eine halbe Million Arbeiter in den Streik warfen und die stärkste und umfassendste Herausforderung darstellten, der sich das Regime Franco bisher überhaupt gegenübersah. Dabei waren die Unruhen in der katalanischen Hauptstadt nur die ersten zitternden Vor-

---

[7] Die von dem Geschichtsschreiber Toynbee ausgegebene Losung: «No annihilation without representation» («Keine Vernichtung ohne Mitsprache» — ein Anklang an den altberühmten Grundsatz: «Keine Besteuerung ohne Mitsprache») ist mit ihrem typisch britischen Galgenhumor schnell populär geworden.

boten eines Erdbebens, das Spanien noch ganz anders erschüttern wird! Ja, glaubt man in Amerika im Ernst, ein Land, in dem solche Explosivkräfte zum Ausbruch drängen, werde jemals ein verläßlicher Eckpfeiler der Atlantikfront in einem Krieg gegen den Kommunismus werden?

Die Feinde von gestern Wie sich in diesem Falle *Westdeutschland* verhalten würde, ist trotz dem heftigen Antikommunismus, der dort vorherrscht, zum mindesten nicht sicher. Vorderhand geben sich die Westmächte freilich alle Mühe, die Gunst der Feinde von gestern und besonders der wirtschaftlich und politisch maßgebenden Kreise der Deutschen Bundesrepublik zu gewinnen. Von der Wiederherstellung der Machtstellung der Schwerindustrie im Rahmen des Schuman-Planes haben wir bereits gesprochen. In den gleichen Zusammenhang gehören Zugeständnisse wie die von der alliierten Hochkommission jüngst gemachten, wonach die Bestimmungen über die «verbotenen und beschränkten Industrien» wesentlich gelockert werden, namentlich für die chemische Industrie (die man eben für die Kriegsvorbereitung braucht) und für die Stahlwerke, die jetzt über die ihnen bisher bewilligten 11,1 Millionen Jahrestonnen hinaus produzieren dürfen, sofern die zusätzliche Produktion «den westlichen Verteidigungsanstrengungen zugutekommt». Und selbstverständlich verfolgen auch die fortgesetzten Begnadigungen deutscher Schwerkriegsverbrecher, die meist auf amerikanisches Konto gehen, den Zweck, die «nationalgesinnten» Westdeutschen moralisch zu bestechen. Unter den von MacCloy aufgehobenen Todesurteilen sind auch diejenigen gegen einige SS-Einsatzmörder, die mehr als eine Million Juden in Westrußland «liquidiert» haben. Der SS-Lieutenant Schubert zum Beispiel, der nach eigenem Geständnis um die Weihnacht 1941 in der Nähe von Simferopol die Erschießung von 700 bis 800 Juden und Zigeunern befehligte, wurde zu zehn Jahren Gefängnis begnadigt und dürfte bald ganz freigelassen werden. Die Wirkung dieser Urteilsrevisionen auf die Deutschen kann, wie der «New Statesman» meint, nur verhängnisvoll sein, in doppelter Hinsicht:

«Erstens geben sie denjenigen in Westdeutschland recht, die da schreien, die Kriegsprozesse seien ein Hohn auf die Gerechtigkeit, und lenken insofern das deutsche Volk von der Besinnung auf die Ungeheuerlichkeit des Naziregimes und auf seine eigene Verantwortung ab. Sie sind zweitens falsch, weil sie unter den gegenwärtigen Umständen diese Verbrecher in Stellungen befördern, die oft mit viel Macht und Vorrechten ausgestattet sind. Das Kruppsche Reich kommt wieder in die Hände von Krupp — obwohl Krupp schuldig befunden wurde, fremde Länder ausgeplündert und Sklaven beschäftigt zu haben. Nazioffiziere und -mannschaften werden im gleichen Augenblick aus dem Gefängnis entlassen, da 130 000 Freiwillige für eine neue deutsche Armee gesucht werden. Was anderes sollen die Deutschen davon halten, als daß die Verbrechen der Vergangenheit vergeben und vergessen sein sollen, als Anzahlung auf den Preis, den der Westen für Deutschlands Bereitschaft zur Wiederaufrüstung erlegen will?»

Ob die Rechnung der Alliierten stimmen wird, bleibt abzuwarten; eine Mehrheit der Westdeutschen ist vorläufig noch *gegen* die Wiederaufrüstung. Sicher aber trägt die amerikanische Begnadigungspolitik dazu bei, in den anderen Völkern Westeuropas, wo man die Verbrechen der Deutschen nicht vergessen hat, die Bereitschaft weiter zu schwächen, Arm in Arm mit den «geschätzten deutschen Waffenkameraden» in den «Freiheitskrieg» gegen Osten zu ziehen – und *diese* Wirkung der Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten kann uns schließlich *auch* recht sein . . .

Die Lösung Westeuropas aus seiner verhängnisvollen Verkettung mit Amerika ist jedenfalls eine durchaus ernstzunehmende Möglichkeit, die wir mit all unseren Kräften erfassen und verwirklichen sollten. Ob dann aber die Vereinigten Staaten nicht einfach die große Machtprobe mit dem Kommunismus doch in *Asien* suchen würden? Ich glaube es nicht. Einmal setzt auch die Politik der MacArthur-Leute voraus, daß ein Losschlagen in Asien, wenn es zum Welterfolg werden soll, über kurz oder lang auch das «freie» Europa in den Kampf hineinreißen werde. Fällt aber die europäische Waffenhilfe von vornherein aus, so sind auch einer Kriegführung in Asien bestimmte Grenzen gesteckt. Sodann braucht Amerika in Asien selbst ebenso notwendig Verbündete wie in Europa. Es braucht vor allem die volle Kampf- und Wirtschaftskraft *Japans*. Nun liegt zwar jetzt der amerikanische Entwurf für einen Sonderfrieden mit Japan in Washington fix und fertig vor, mit der Aufrechterhaltung der amerikanischen Militärstützpunkte in und um Japan, der Fortsetzung der amerikanischen «Schutzherrschaft» über Japan und der Wiederaufrüstung Japans selbst als Hauptbedingungen. Aber abgesehen davon, daß England gegen den Ausschluß Chinas und der Sowjetunion von der Teilnahme am Friedensschluß mit Japan ist, zeigen die Japaner ungefähr die gleich große Begeisterung für die Verewigung des amerikanischen Protektorates und für ihre Wiederaufrüstung wie die Westdeutschen, wenn sich auch bisher außer den Linkssozialisten und Kommunisten keine politische Gruppe gegen die Remilitarisierung ausgesprochen hat. Dazu kommt, daß man in Australien und Neuseeland die Wiederbewaffnung Japans nicht viel weniger fürchtet, als man in Frankreich die Wiederbewaffnung Deutschlands fürchtet. Kurz, auch in Asien werden die amerikanischen Bäume nicht in den Himmel wachsen, wenn nur in den bedrohten Völkern der Wille lebendig wird, ihr Emporschießen rechtzeitig zurückzuschneiden. Und das bleibt freilich immer unser letztes Wort: Die Völker müssen ihre Sache selber in die Hand nehmen und *den offenen Widerstand gegen den Krieg und alle Kriegsrüstung proklamieren und organisieren*. Nicht den Krieg vorbereiten, sondern den Frieden – das muß die Losung werden. Das allein kann

uns retten. Noch ist Zeit, das Werk zu vollbringen – aber wirklich hohe Zeit. Oder soll es dereinst auch von uns heißen, der große Augenblick habe ein kleines Geschlecht gefunden?

17. April. *Hugo Kramer.*

BUCHBESPRECHUNGEN

Fulton und Will Oursler: «Pater Flanagan von Boys Town.» Diana-Verlag Zürich (1950). 339 Seiten.

Dies ist die Geschichte des wunderbaren katholischen Priesters Edward Flanagan und seines Lebenswerkes, der Rettung verwahrloster, verkommener, oft auf den Weg des Verbrechens geratener amerikanischer Buben. «Es *gibt* keine schlechten Jungen» — das war die Grundüberzeugung, die diesen irischen Pater leitete, und es war wirklich kein billiger «amerikanischer» (oder auch rousseauischer) Optimismus im Sinne des «Der Mensch ist gut», sondern ein aus dem «Dennoch» erwachsener, tiefer Glaube, der eine Liebeskraft in ihm weckte, wie sie nur wenigen begnadeten Seelen geschenkt wird. Durch unzählige Mißerfolge und Enttäuschungen hindurch trug den «am meisten geliebten Geistlichen der Vereinigten Staaten» diese Kraft und die damit verbundene geniale Weisheit bis hin zu der Krönung seiner Arbeit in der Gründung der «Bubenstadt» (Boys Town), zehn Meilen westlich der Stadt Omaha im Staate Nebraska, die eine Heimat und Erziehungsstätte für Tausende und Tausende von Buben jeglicher Herkunft und Art, jeder Hautfarbe, jedes Glaubensbekenntnisses werden sollte. Gewiß, Pater Flanagan hat nur die jugendlichen Opfer einer gänzlich verkehrten Gesellschaftsordnung gerettet, hat nur *Wirkungen* gemildert, ohne die *Ursachen* zu bekämpfen. Aber zeigt uns nicht die Art und Weise, wie er dies tat, den Weg auch zur Umgestaltung unserer gottlosen Lebensordnungen selber, zu ihrer Erneuerung aus dem gleichen Geiste des Glaubens und der Liebe, der diesen großartigen Mann erfüllte? *H. K.*

Nevil Shute: «Eine Stadt wie Alice.» Roman. Steinberg-Verlag Zürich. 1950. 383 Seiten.

Ein Vermögen, das aus australischer Goldgräberei stammt, fällt unversehens einer jungen englischen Stenotypistin zu. Sie ist in Malaya geboren und während des zweiten Weltkrieges wieder dort gewesen; jetzt reist sie ein letztes Mal hin und schenkt dem Dorf, in dem sie nach fürchterlichen Leiden in japanischer Gefangenschaft Zuflucht gefunden hatte, einen Brunnen und ein Waschhaus. Und dann fliegt sie geschwind nach Australien, um einen Kriegskameraden aufzusuchen, den sie so wenig vergessen kann wie er sie – und bleibt natürlich drüben fürs Leben hängen. Denn jetzt hat sie ihre Aufgabe gefunden: eine Stadt zu gründen «wie Alice Springs», das Musterstädtchen in der hintersten australischen Wildnis, das sie fast zufällig kennengelernt hat. Das alles wird mit soviel Feinheit, Anmut und Sauberkeit erzählt, daß es einem ganz warm ums Herz wird bei diesem Hohelied auf frauliche Tapferkeit und fraulichen Unternehmungsgeist, auch wenn sich alles im Rahmen individualistisch-kapitalistischen Pioniertums abspielen muß. *H. K.*